

Zu den Straßenausbaubeiträgen – Pirmasens zeigt, es geht auch anders!

Anhörung am 29. Januar mit Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben

Seit Jahren wird in Thüringen eine Diskussion zur Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge geführt. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Bürgern macht sich die Linksfraktion für eine sozialverträgliche Lösung stark. Jüngst hat sie gemeinsam mit den Bündnisgrünen den von der „Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben“ erarbeiteten Gesetzesentwurf zur Beitragsabschaffung in den Landtag eingebracht und die Diskussion belebt. Der Entwurf sieht neben der Abschaffung der Abwasserbeiträge vor, die Straßenausbaubeiträge durch eine Infrastrukturabgabe zu ersetzen. Die Gemeinden sollen in Anlehnung an das sächsische Modell selbst entscheiden können. Im Falle der Erhebung werden die Investitionskosten solidarisch auf alle Nutzer verteilt.

Ein Vorschlag, der ernsthaft zu diskutieren ist und beispielgebend für andere Bundesländer sein könnte, so ein Fazit von Experten und Sachverständigen aus der öffentlichen Anhörung. Stattdessen aber versuchen Landesregierung und die Regierungsfractionen von CDU und SPD, das Beitragsfinanzierungssystem gegen alle Modernisierungsversuche zu verteidigen. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf, der im Wesentlichen an der bisherigen Beitragsfinanzierung festhält, wird als alternativlos kommuniziert, der Gesetzesentwurf der Bürgerallianz als verfassungswidrig deklariert. Dabei schafft die Landesregierung nur einzelne Entlastungsmöglichkeiten, die in der Praxis kaum Wirkung zeigen werden. Aber es geht auch anders: Pirmasens, eine kreisfreie Stadt mit über 40.000 Einwohnern in Rheinland-Pfalz, zeigt das. Nach der Methode des wiederkehrenden Beitrages zahlen alle Grundstückseigentümer einer Gemeinde oder eines Gemeindegabietes während eines bestimmten Abrechnungszeitraumes pro Quadratmeter der zugrunde zu legenden Fläche einen überschaubaren Jahresbeitrag.

Höhere Akzeptanz

„Die wiederkehrenden Beiträge folgen dem Solidaritätsprinzip, der Straßenzustand in Pirmasens wird nachhaltig verbessert. Die Belastung für die einzelnen Grundstückseigentümer ist mit durchschnittlich ca. 60 bis 125 Euro jährlichen Beitrag pro Wohngrundstück dauerhaft kalkulierbar und finanziell verkraftbar. Sehr hohe einmalige Ausbaubeiträge von 7.500 bis 10.000 Euro fallen dadurch nicht mehr an“, heißt es im Informationsblatt der Gemeinde. Die Einführung der neuen Regelung war politisch nicht leicht, wird aber mit höherer Akzeptanz in der Bevölkerung, der Aufwertung des Stadtbildes, weniger Widersprüchen und Klagen und weniger Beschwerden und Verwaltungsanfragen heute belohnt, resümiert der Oberbürgermeister Bernhard Matheis.

Die kommunale Straßenfinanzierung braucht neue Ansätze – auch in Thüringen und nicht nur mit Blick auf die kommunale Finanznot. Einen diskutablen Vorschlag hat die Bürgerallianz Thüringen e. V. gegen überhöhte Kommunalabgaben vorgelegt. Aber es mangelt am politischen Willen. Auch zum Gesetzesentwurf der Landesregierung hat die CDU/SPD-Mehrheit im Innenausschuss eine öffentliche Anhörung abgelehnt.

Daher soll eine von der Bürgerallianz initiierte öffentliche Anhörung am Samstag, den 29. Januar, ab 10.00 Uhr im Thüringer Landtag eine Diskussion mit Sachverständigen und Betroffenen ermöglichen und vor allem Mut machen, neue Wege zu gehen. Auch Vertreter der Stadt Pirmasens sind als Anzuhörende geladen.

Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag

Telefon: 0361-3772637

E-mail: koelbel@die-linke-thl.de